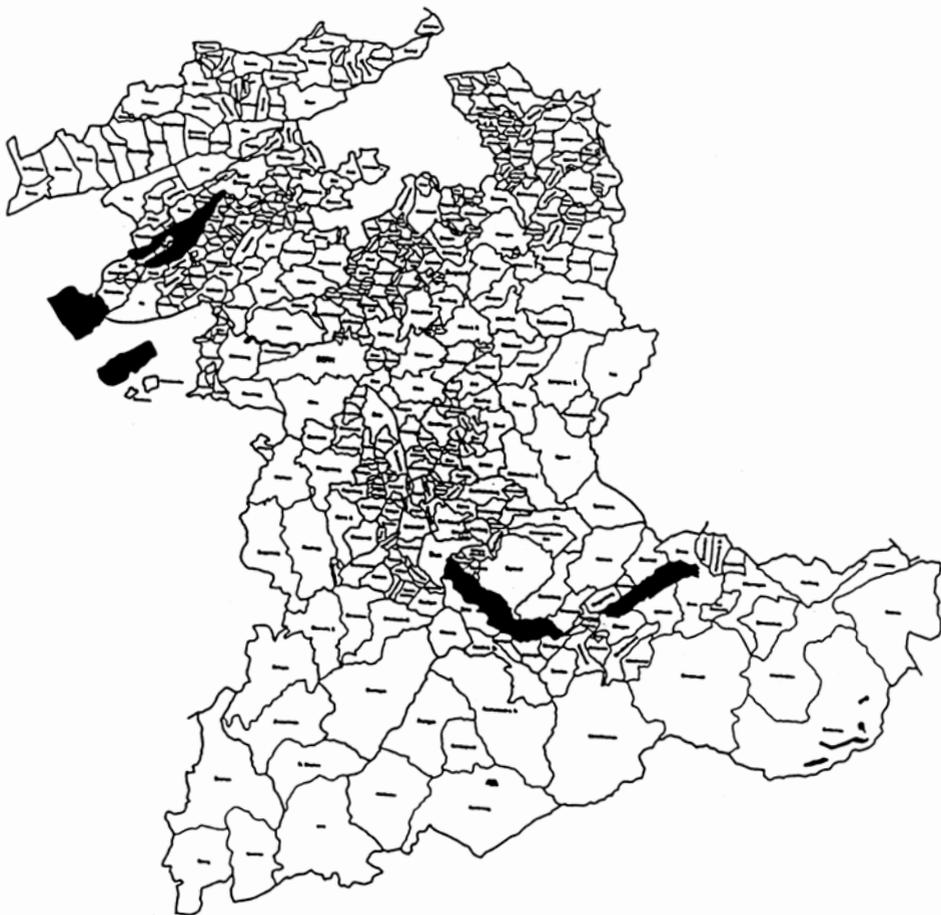


Verband Bernischer Gemeinden VBG
Association des Communes Bernoises ACB

INFO 3/2020





Bildungszentrum
für Wirtschaft
und Dienstleistung

bwd Weiterbildung Bern – heute für morgen!

Die Dienstleistungen der bwd Weiterbildung umfassen das Ausbildungsmanagement von branchenspezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten bis hin zur Prüfungsdurchführung, die betriebsindividuelle Schulungen für Mitarbeitende und Kaderangehörige sowie die Führung von Geschäfts- und Fachstellen für Berufsverbände und Bildungspartner.

bwd
Papiermühlestrasse 65
3014 Bern
Tel. 031 330 19 90
www.bwdbern.ch

Gemeinde- und Verwaltungspersonal

- Refresher für Bernische Gemeindeschreiber/-innen
- Lehrgang für Mitarbeitende von Kirchengemeindesekretariaten
- Fachausweislehrgang Gemeindefachfrau/-mann
- Führungsausbildung für Gemeindeglieder, Teil Diplomelehrgang
- Diplomelehrgang Bauverwalter/-in
- Diplomelehrgang Finanzverwalter/-in
- Diplomelehrgang Gemeindeschreiber/-in
- Lehrgang Sachbearbeiter/-in Baubewilligungsverfahren
- Lehrgang für Mitarbeitende der Schuladministration (Schulsekretärinnen und Schulsekretäre)
- Kurs Planungs-, Bau- und Umweltrecht
- Fachspezifische Seminare und Tageskurse

Notariats- und Advokaturangestellte

- Einführungslehrgang in die Notariatsbranche mit Zertifikat
- Lehrgang Fachausweis für Notariatsangestellte
- Fachspezifische Halbtageskurse

Berufsbildner/-innen

- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen
- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen ICT
- Fachspezifische Halbtageskurse

Zivilstandswesen

- Zertifikatsausbildung für Zivilstandsangestellte
- Eid, Berufsprüfung Zivilstandsbeamten FA/Zivilstandsbeamter FA

Projektausbildungen im Auftrag

Sind Sie an einer anerkannten Weiterbildung interessiert?

Details und Information finden Sie unter www.bwdbern.ch oder kontaktieren Sie uns per E-Mail weiterbildung@bwdbern.ch

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Präsidenten	2
Le mot du président	7
Wichtige Geschäfte	10
Les principaux dossiers en cours	17
Bewältigung der Corona-Pandemie	25
Faire face à la pandémie de coronavirus	31
Barrierefreier öffentlicher Verkehr: Ein Gewinn für alle	36
Voranzeige Erfa-Tagung 4. Mai 2021 Pro Senior und Pro Senectute Bern	40
Porträt der Gemeinde Wynigen	42
Interview mit Gemeinderatspräsident Fabian Horisberger	47
Vorankündigung der Hauptversammlung des VBG 2021	50
Préavis pour l'Assemblée générale 2021 de l'ACB	51
Veranstaltungshinweise / Manifestations 2021	52

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Bernischer Gemeinden VBG
Kramgasse 70, Postfach, 3000 Bern 8
Telefon 031 311 08 08, Telefax 031 312 24 64
vbg@recht-governance.ch

Präsident

Daniel Bichsel

Geschäftsführer

Daniel Arn

Redaktion

Monika Gerber

Übersetzungen VBG

Michel Jacot-Descombes, 2534 Orvin

Druck

Hansen Druck, 3011 Bern

Auflage

600 Exemplare

Redaktionsschluss Info 1 / 21

15. März 2021

VORWORT DES PRÄSIDENTEN



Daniel Bichsel
VBG-Präsident

ES IST VIELES GEGANGEN, ES BLEIBT NOCH VIEL ZU TUN

Unter dieses Fazit stelle ich die Würdigung der Ergebnisse der Arbeit im Kontaktgremium Planung. Die Gemeinden im Kanton Bern müssen und wollen sich entwickeln. Wer stillsteht, kann die Zukunft kaum meistern. Und es ist in der Schweiz ja nicht der Staat, der entwickelt, sondern die Gesellschaft, die Wirtschaft und das Gewerbe. Der Staat ist dafür besorgt, dass die Rahmenbedingungen stimmen und die Entwicklung geordnet vor sich geht und dass die knappe Ressource «Boden» haushälterisch genutzt wird. Die Bewirtschaftung des Raums, die Rauplanung, ist in der Schweiz eine Verbundaufgabe zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Die Prozesse sind äusserst komplex und nehmen sehr viel Zeit in Anspruch. Und

dennoch – die Bernischen Gemeinden sind der Auffassung, dass es schneller, unbürokratischer und einfacher gehen müsste. Aber wie hat Einstein einst gesagt:

Man muss die Dinge so einfach wie möglich machen. Aber nicht einfacher.

Und so geht es auf der Suche nach einfacheren und rascheren Verfahren bei Raumplanungsverfahren. Überall lauern Paragraphen, Entscheide, Weisungen und beschwerdefreudige Nachbarn und Verbände. Wenn es zu einfach und zu schnell geht, dann geht es plötzlich gar nicht mehr. Aber gleichzeitig sind wir uns mit der politischen Führung der Direktion für Inneres und Justiz einig, dass es schon ein wenig schneller gehen kann. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Abkehr vom Formalismus hin zur Partnerschaft, vom Perfektionismus hin zu einer rechtlich korrekten aber der 80:20-Regel gehorchenden Anwendung der relevanten Bestimmungen.

«Es ist nicht gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird. Wenn es aber besser werden soll, muss es anders werden»

Georg Christoph Lichtenberg

Letztlich geht es vor allem darum, dass die Planungen von den Gemeinden verantwortet werden. Interessenabwägungen zwischen den teilweise widerstrebenden Interessen der verschiedenen Politikbereichen (die sich in Fachberichten äussern) müssen die Gemeinden vornehmen, immer im Rahmen der dafür geltenden rechtlichen Vorgaben. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung muss den Gemeinden Handlungsspielräume zurückgeben, nur so erreichen wir die gesteckten Ziele. Indem die Gemeinden entscheiden können, ob sie die erste Phase der Vorprüfung selber verantworten wollen, erhalten die Gemeinden einen erheblichen Teil der Planungsverantwortung zurück. Dies bedeutet aber auch, dass die Gemeinden nur dann schneller und erfolgreicher sind als heute, wenn sie das nötige Wissen und die erforderlichen Ressourcen bereitstellen. Für den VBG ist es unwichtig, ob sie dies mit eigenen Ressourcen machen, oder die Expertise bei Dritten einkaufen.

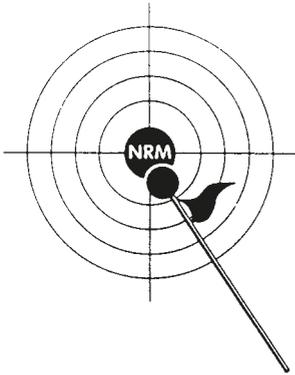
Der VBG steht hinter dem Erreichten, auch wenn er seine Mitglieder darauf hinweisen muss, dass die Umsetzung teilweise gesetzliche Anpassungen er-

fordert, was bekanntermassen relativ lange dauert. Wir erachten es als sehr wichtig, dass mit einem guten und transparenten Monitoring genau beobachtet wird, wie sich das Planerlassverfahren entwickelt und ob die erwünschte Beschleunigung und Vereinfachung tatsächlich auch eintreten. Wir werden kritisch beobachten, ob sich das Verhältnis des Amtes für Gemeinden und Raumordnung zu den Gemeinden verbessert. Wir gehen davon aus und erwarten von der Vorsteherin der Direktion, dass sie die paritätisch entwickelten Massnahmen so rasch als möglich umsetzt und ihre Führungsverantwortung wahrnimmt. Wir erwarten von den Gemeinden, dass sie gleichermassen ihre Verantwortung wahrnehmen und ihren Beitrag zur Beschleunigung der Verfahren ebenfalls leisten. Die von uns im Sommer vor einem Jahr erhobenen Forderungen gelten nach wie vor. Man kann sie auf unserer Homepage (VBG: Aktuelles) nachlesen. Der VBG kann heute feststellen, dass seine Forderungen bei der Direktion für Inneres und Justiz und in der Zusammenarbeit des Kantons mit den Gemeinden zu diesen Themen sehr viel ausgelöst haben.

Es ist vieles gegangen, es bleibt noch viel zu tun. So habe ich angefangen, so höre ich auf. Wir müssen uns im Kontaktgremium auch noch mit den Genehmigungsverfahren und mit den Beschwerdeverfahren auseinander setzen. Was nützen raschere Vorprüfungsverfahren, wenn dann die Beschwerdeverfahren Jahre dauern? Wir sind aber guten Mutes, dass auch dies gelingen wird. Wir danken Frau Regierungsrätin Evi Allemann für ihr Verständnis und für ihren Einsatz zu Gunsten einer Beschleunigung der Raumplanungsver-

fahren – dies ganz im Interesse der bernischen Volkswirtschaft.

Ich danke bei dieser Gelegenheit allen, die sich im zu Ende gehenden Jahr für das Wohl der Gemeinden in irgendeiner Form eingesetzt haben. Besonderer Dank gilt allen denjenigen, die unter teils schwierigen Bedingungen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie mitgewirkt haben. Ich wünsche allen eine gute Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins nächste Jahr und vor allem: Gute Gesundheit!



... der Treffer ins Schwarze!

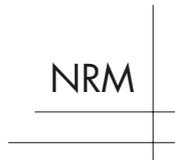
...denn das Zeitalter der
EDV Dinosaurier ist vorbei –
gefragt sind leistungsfähige und
kostengünstige Kleinsysteme

Unser Soft- und Hardware Angebot
reicht vom Einzelplatzsystem bis
zum anspruchsvollen PC-Netzwerk

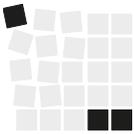
Speziell

- *Einwohner-, Bürger und Kirchgemeinden*
- *Schulen und Zweckverbände, usw.*

beraten und unterstützen wir



NRM AG, Hauptstrasse 5, 3254 Balm b. Messen, Telefon 031 765 54 27
Software-Entwicklung, Beratung, Schulung



**ABPLANALP-
RAMSAUER AG**
Verwaltungsorganisation

3533 Bowil
031 710 10 55
info@abplanalp.ch
abplanalp.ch | archiv.ch

Wir

organisieren Ihr Archiv
registrieren, verwalten und ordnen Ihre Ablage
sind Spezialisten für physische und elektronische Archivierung
bieten umfassende und individuelle Lösungen für Ihren Aktenplan
helfen Ihnen bei der Planung und Einführung einer Geschäftsverwaltung
überbrücken Personalengpässe auf allen Verwaltungsstufen
erstellen eine Arbeitsplatzbewertung für Ihre Verwaltung
unterstützen Sie bei der Personalsuche
moderieren Klausuren von Behörden

und das seit mehr als 35 Jahren!



SWISSARCHIVE



CMI ALIOMA



Finances Publiques

AG für öffentliche Finanzen und Organisation

Umfassende Beratung und Unterstützung von

Gemeinden, Gemeindeverbänden, Kirchgemeinden, Bürgergemeinden

von A bis Z, beispielsweise

Arbeitsplatzbewertung, Aufgaben- und Strukturüberprüfung, Benchmarking, Buchhaltung, Coaching, Finanzierung und Organisation Wasser und Abwasser, Finanzverwaltung im Mandat, Finanzplanung, Gebührenkalkulation, Gemeindefusion, Gemeindeverwaltung im Mandat, HRM2-Umsetzung, Klausur, Organisationsanalyse, Rechnungsprüfung, Sanierungsplan, Stellvertretungseinsätze, Zusammenarbeitsvertrag.

Finances Publiques AG, Langnaustrasse 15, 3533 Bowil BE
Tel. 031 711 03 04, Fax 031 711 55 53,
Mail info@fpag.ch Homepage www.fpag.ch

LE MOT DU PRÉSIDENT

Daniel Bichsel, président de l'ACB

IL S'EST PASSÉ BEAUCOUP DE CHOSSES, MAIS IL RESTE ENCORE BIEN DU TRAVAIL.

C'est à partir de cette conclusion que je fais part de mon appréciation du travail accompli à ce jour par le groupe de contact Aménagement du territoire. Les communes du canton de Berne doivent et veulent se développer. Qui n'avance pas recule, dit le proverbe. En l'occurrence, la commune qui n'évolue pas n'est guère en mesure de maîtriser son avenir. Et dans notre pays, ce n'est pas l'État qui développe, mais la société, le commerce et l'économie. L'État, lui, répond du cadre qui doit garantir un développement ordonné et une utilisation parcimonieuse du sol, une ressource très limitée en Suisse. Chez nous, l'exploitation du territoire, autrement dit l'aménagement du territoire, est une tâche conjointe qui incombe à la Confédération, aux cantons et aux communes. Les processus sont extrêmement complexes et prennent beaucoup de temps. Pourtant, les communes bernoises sont d'avis qu'en la matière, il faut plus de rapidité, moins de bureaucratie et plus de simplicité. Mais, comme Einstein l'a dit un jour :

Rendez les choses aussi simples que possible, mais pas plus simples.

Cela s'applique parfaitement à la recherche de procédures en matière d'aménagement du territoire qui soient plus simples et plus rapides. Aujourd'hui, les acteurs concernés se retrouvent dans une jungle de dispositions légales, de décisions et de directives dans laquelle vivent des voisins et associations prompts à former oppositions et recours. Et lorsqu'il semble qu'une procédure se déroule simplement et rapidement, tout se bloque soudainement. Les communes bernoises et la directrice de l'intérieur et de la justice sont unanimes, il est possible d'accélérer les choses dans une certaine mesure. La clé du succès passe par moins de formalisme au profit de plus de concertation et par moins de perfectionnisme au profit d'un optimum raisonnable, mais juridiquement défendable des dispositions pertinentes.

« Je ne suis pas certain que ça ira mieux si ça change, mais je suis certain qu'il faut que ça change pour que ça aille mieux. »
Georg Christoph Lichtenberg

En fin de compte, l'aménagement du territoire doit incomber aux communes. C'est à elles qu'il appartient de procéder à la pesée des nombreux intérêts, parfois contradictoires, qui sont en présence (et qui ressortent des rapports techniques), cela bien entendu sans sortir du cadre légal en vigueur. L'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire doit rendre aux communes la marge de manœuvre dont elles ont besoin. C'est là une condition *sine qua non* à la réalisation des attentes de l'ACB. En leur laissant décider si elles souhaitent assumer elles-mêmes la responsabilité de la première phase de l'examen préalable, les communes regagneraient une partie non négligeable de leur autonomie. Si elles veulent accélérer la procédure tout en réduisant les risques d'échec le plus possible, il faudra qu'elles disposent du savoir et des ressources nécessaires. Pour l'ACB, il importe peu qu'il s'agisse de ressources internes ou de prestations achetées auprès d'experts externes.

L'ACB défend le résultat atteint à ce jour, même si elle doit prévenir ses membres que la mise en œuvre des mesures esquissées par le groupe de

contact implique certaines adaptations de textes légaux, ce qui, comme chacun le sait, peut prendre passablement de temps. Nous sommes en outre d'avis qu'un monitoring transparent et de qualité permettra d'observer l'évolution des procédures d'aménagement et de constater si l'accélération et les simplifications souhaitées ont effectivement lieu. Nous suivrons l'évolution des relations entre les communes et l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire d'un œil critique afin de vérifier qu'elles vont dans le bon sens. Nous attendons de la directrice de l'intérieur et de la justice qu'elle assume ses responsabilités en matière de conduite et mette le plus rapidement possible en œuvre les mesures développées dans un esprit de partenariat. Quant aux communes, nous attendons qu'elles assument elles aussi leurs responsabilités et apportent leur contribution à l'accélération des procédures d'aménagement. Les exigences formulées par l'ACB au début de l'été 2019 gardent par ailleurs toute leur validité. Elles peuvent être consultées (en allemand) sur notre site Web (ACB : Aktuelles). Avec le recul, l'ACB peut affirmer que ses exigences relatives à la coopération entre le canton

et ses communes en matière d'aménagement ont suscité de nombreuses réflexions au sein de la Direction de l'intérieur et de la justice.

Il s'est passé beaucoup de choses, mais il reste encore bien du travail. C'est par ces mots que j'ai commencé et c'est sur ces mots que je termine mon appréciation. Ainsi, le groupe de contact devra encore se pencher sur les procédures d'approbation et sur les procédures de recours. Pourquoi se donner la peine d'accélérer les procédures d'examen préalable si, par la suite, les procédures de recours traînent durant des années ? Nous sommes toutefois convaincus que nous arriverons à bon port. Nous remercions la conseillère d'État Evi Allemann

pour sa compréhension et pour sa mobilisation en faveur d'une accélération des procédures en matière d'aménagement du territoire – cela dans l'intérêt de toute la population bernoise.

Je profite d'avoir la plume encore en main, ou plutôt le clavier encore sous les doigts pour exprimer ici toute ma gratitude aux personnes qui se sont engagées d'une manière ou d'une autre pour le bien des communes durant l'année écoulée. Je remercie tout particulièrement tous ceux qui, dans des conditions parfois difficiles, ont participé à la gestion de la crise liée au coronavirus. Je vous souhaite à tous un joyeux Noël, une bonne et heureuse année 2021 et, surtout, une bonne santé.

WICHTIGE GESCHÄFTE

BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE

Nicht nur die Gemeinden waren immer wieder gefordert, auf die neusten Entwicklungen zu reagieren, sondern insbesondere auch die Geschäftsstelle des VBG. Das Thema Corona hat zu unzähligen «Feuerwehrrübungen» geführt, damit möglichst zeitnah immer wieder die nötigen Absprachen mit den verschiedensten Kantonsstellen getroffen werden konnten. Während beim Kanton beinahe für jede Aufgabe eine andere Fachstelle mit entsprechendem Personalbestand engagiert ist, verfügt die VBG-Geschäftsstelle nur über beschränkte personelle Ressourcen, was dazu führte, dass diese gelegentlich über das zumutbare Mass hinaus belastet wurden. Inhaltlich verweisen wir auf den separaten Beitrag zum Thema Corona. Neue Informationen zuhänden der Gemeinden zum Thema Corona sind jeweils raschmöglich auf der Startseite von www.begem.ch zu finden. Viele Arbeiten der VBG-Geschäftsstelle sind jedoch von aussen kaum erkennbar, weil diese darin bestehen, beabsichtigte Weisungen und Handlungsanweisungen vom Kanton an die Gemeinden

so zu beeinflussen, dass diese gar nicht erst erlassen oder dann zumindest in kommunalverträglicher Form daherkommen.

GESETZ ÜBER DIE SOZIALEN LEISTUNGSANGEBOTE (SLG), INDIREKTE ÄNDERUNG SHG

Der VBG hatte Gelegenheit, vor der vorberatenden grossrätlichen Kommission (GSoK) aufzutreten und konnte aus Sicht der Gemeinden noch einigen Verbesserungen zum Durchbruch verhelfen. Eine relevante Forderung steht jedoch nach wie vor im Raum und muss im Rahmen der Behandlung im Grossen Rat nochmals mit Nachdruck gestellt werden. Aus kommunaler Sicht geht es nicht an, dass der Regierungsrat gegen den Widerstand der Gemeinden mittels Verordnung ein für alle verbindliches Fallführungssystem vorschreiben kann (Art. 57 k SHG, indirekte Änderung via SLG). In Art. 57k SHG wird die gesetzliche Grundlage geschaffen, wonach die Trägerschaften der Sozialdienste (lies die Gemeinden) von der Regierung verpflichtet werden können, ein von der zuständigen Stelle der GSI genehmigtes

Fallführungssystem zu übernehmen (Abs. 1). Gemäss Abs. 3 muss dieses Fallführungssystem dem Kanton dienen. Im Projekt haben die kommunalen Verbände stets verlangt, dass das Fallführungssystem auch den Gemeinden dienen muss. Der Antrag der Kommissionmehrheit (dem sich der Regierungsrat anschliesst) betrifft einen neuen Abs. 2, der den Einbezug der Gemeinden vorsieht. Dieser ist zwar zu begrüssen, bietet aber nicht Gewähr, dass die Interessen der Gemeinden wirklich berücksichtigt werden müssen. Die Lösung, welche im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Verwaltung (DVG) heute zur Diskussion steht, erscheint besser und wäre sinngemäss zu übernehmen: Das DVG sieht nämlich eine Regelung vor, wonach bei Verordnungen oder Entscheiden, die den Gemeinden wesentliche Pflichten oder Kosten auferlegen, entweder eine Grundlage in einem Gesetz oder eine ausdrückliche vorgängige Zustimmung des VBG erforderlich ist. Wenn der Grosse Rat hingegen Art. 57k SHG gemäss Antrag des Regierungsrats beschliesst, sind die Gemeinden im weiteren Verlauf des Projektes dem Diktat des Kantons ausgeliefert und der VBG

kann die kommunalen Interessen nicht mehr wirkungsvoll vertreten. Das darf nicht sein, weshalb im Rahmen der ersten Lesung ein Antrag gestellt wurde, wonach diese Frage zurück an die vorbereitende Kommission zu gehen habe und zuhanden der zweiten Lesung analog dem DVG umzuformulieren sei. Der Antrag wurde angenommen, inzwischen hat eine Aussprache mit dem Direktor der GSI und dessen Kadern stattgefunden. Es zeichnet sich eine Lösung ab, die mit derjenigen des DVG vergleichbar ist. Für den VBG ist die entsprechende Ergänzung von Art. 57k SHG sehr wichtig.

MEHRWERTABGABE FINANZ- VERMÖGEN

Die Frage, ob die Gemeinden auch sich selber eine Mehrwertabgabe schulden – mit einem entsprechenden Anteil von 10 % zugunsten des Kantons – war zwischen Gemeinden und Kanton strittig. Ein entsprechendes Gutachten konnte diese Kontroverse nicht klären, jedoch wurde der Regierungsrat trotzdem mittels Änderung der Bauverordnung bereits gesetzgeberisch tätig, ohne dass die

Gemeinden im Vorfeld angehört wurden. In der Folge wurde eine vom VBG initiierte überfraktionelle Motion eingereicht, damit diese strittige Frage mittels Anpassung des Baugesetzes abschliessend durch den Grossen Rat entschieden wird. Leider hat diese Motion keine Mehrheit auf sich vereinigen können, sie wurde mit 70 gegen 61 Stimmen bei 17 Enthaltungen abgelehnt.

KONTAKTGREMIUM PLANUNG

Nach einem anspruchsvollen und lange dauernden Prozess konnte das Kontaktgremium Planung gemeinsam Lösungen zur Verbesserung der Planerlassverfahren verabschieden. Die Lösung sieht vor, den Gemeinden – soweit sie die Qualität der Verfahren garantieren können – im Rahmen der Planungsprozesse mehr Verantwortung zu übertragen. Das AGR soll diese Prozesse seinerseits von Anfang an partnerschaftlich begleiten. Die Unterlagen zu diesem Thema finden sich unter www.begem.ch (VBG/Aktuelles). Die Bewertung des bisher Erreichten findet sich im Vorwort des VBG-Präsidenten.

PROJEKT WEITERENTWICKLUNG FUSIONSFÖRDERUNG

Nachdem der Grosse Rat zustimmend vom Grundlagenbericht (Zukunft Gemeindelandschaft) Kenntnis genommen hat, will die Regierung die neue Fusionsförderung nun umsetzen. Unbestritten ist der Grundsatz, wonach Gemeindefusionen nach wie vor freiwillig erfolgen sollen, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Gemeindegesetzes, die aber bisher noch nie zur Anwendung gelangt sind und auch künftig kaum zur Anwendung gelangen werden. Die ursprünglich diskutierte Anzahl von 50 Gemeinden als Fusionsziel wurde fallen gelassen und auch die Absicht, einen Fusionsrichtplan zu realisieren, wurde aufgegeben. Heute soll kein verbindliches Ziel formuliert werden, wobei informell auf einer sehr langfristigen Fusionschiene von 100 – 150 Gemeinden ausgegangen wird. Unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Evi Allemann werden in einem nächsten Schritt Fusionsförderungsräume erarbeitet. Der Prozess soll dezentral unter der Leitung der Regierungsstatthalterämter erfolgen. Der VBG ist in den Projektorganen vertreten. Im Rahmen eines Workshops wurden Kriterien definiert, nach

denen diese Räume festgelegt werden sollen. In partizipativen Prozessen sollen nun innerhalb des nächsten Jahres in den einzelnen Verwaltungskreisen zusammen mit den Gemeinden die Räume definiert werden, in denen Fusionen Sinn machen.

REVISION DATENSCHUTZ-GESETZ – NEUORDNUNG KOMMUNALE DATENSCHUTZ-AUFSICHTSSTELLEN

Im Rahmen der Revision des kantonalen Datenschutzgesetzes sollen auch die Bestimmungen zur kommunalen Datenschutzaufsicht einer neuen Regelung zugeführt werden. Dies da die kommunalen Aufsichtsstellen den Gemeinden in vielen Fällen nicht mit der erforderlichen Unterstützung dienen können. Oft ist diese Aufgabe dem Rechnungsprüfungsorgan zugewiesen, das mangels Expertise bzw. Fallhäufigkeit nicht über das entsprechende Know-how verfügt. Zusammen mit der kantonalen Datenschutzaufsicht, dem Amt für Gemeinden und Raumordnung, der Geschäftsleitung der Regierungstatthalter sowie unter Einbezug verschiedener Gemeinden

wurde deshalb ein neues Modell entwickelt. Dabei geht es im Grundsatz darum, eine Verschiebung der bisherigen Aufgaben der kommunalen Aufsichtsstellen zu einer kantonalen Stelle vorzunehmen: Was die Gemeinden bisher von ihrer eigenen kommunalen Stelle erhalten haben bzw. hätten erhalten sollen, beziehen sie neu von einer einheitlichen kantonalen Stelle. Das neue Modell ist noch zu vertiefen und wird im Ergebnis in die Gesetzgebungsarbeiten zur Revision des Datenschutzgesetzes einfließen.

NEUER MUSTER-VERTRAG MIT DER BKW

Mit der Begründung einer reglementarischen Rechtsgrundlage und infolge verschiedener Regulierungen im übergeordneten Recht sind die Gemeinden gehalten, neue Konzessionsverträge mit der BKW abzuschliessen. Die geplanten gemeinsamen vier Infoveranstaltungen von VBG und BKW mussten coronabedingt abgesagt werden. Der neue Muster-Vertrag wurde zusammen mit Erklärungen zur Rechtslage und mit Muster-Reglementsgrundlagen Ende

Oktober allen Gemeinden per Mail zugestellt. Viele Gemeinden sind nun damit befasst, die nötige Reglementsgrundlage zu schaffen.

AUFHEBUNG KONTAKTGREMIUM KANTON-GEMEINDEN

Das Kontaktgremium Kanton-Gemeinden war zur Normalisierung des schlechten Klimas im Vor-FILAG-Zeitalter wichtig und hat vor allem in den beiden FILAG-Phasen (2002, 2012) eine wichtige Rolle gespielt. Mit der Zeit haben die Themen gefehlt, um mit allen Direktionen gleichzeitig das Gespräch zu führen. Heute werden die Gemeinden erfreulicherweise meist sehr früh in die wichtigen kantonalen Prozesse, die sie betreffen, einbezogen. Zudem bestehen viele Gefässe, in welchen politikbereichsspezifisch mit den zuständigen Direktionen verhandelt werden kann. Auch aus VBG-Sicht erscheint die Aufhebung aus heutiger Sicht deshalb angezeigt, weshalb gegen eine entsprechende Anfrage der DIJ keine Einwände erhoben wurden. Der Regierungsrat hat die Aufhebung des Gremiums in der Folge beschlossen.

TEILREVISION VOLKS- SCHULGESETZ

Der Grossrat behandelt aktuell die erste Lesung der Revision des Volksschulgesetzes. Hier geht es vor allem um die Integration der Sonderschulung in die Volksschulgesetzgebung. Die Gemeinden werden auch bei einer Überführung der Sonderschulung hin zur Bildungs- und Kulturdirektion und damit einhergehend die Regulierung in der Volksschulgesetzgebung in diesem Bereich keine Aufgaben wahrnehmen, daran ändert sich gegenüber der heutigen Regelung nichts. Die Finanzierung verbleibt bei der Lastenverteilung Sozialhilfe. Der VBG hat mehrmals darauf hingewiesen, dass den Gemeinden bei der Sonderschulung keine Zuständigkeiten zukommen, weshalb es störend ist, dass sie 50% der Aufwendungen finanzieren müssen. Das war allerdings schon bisher so. Die an sich sinnvolle Kantonalisierung dieser Finanzierung würde aber einen weiteren Lastentransfer via Art. 29b FILAG auslösen und so den Saldo zulasten der Gemeinden noch vergrössern, was unerwünscht erscheint. Die Neuordnung der Sonderschulung führt zu verschiedenen Aufgabenver-

schiebungen und zu einer Mehrbelastung des Kantons von CHF 3,5 Mio. Dieser Betrag wird den Gemeinden im Rahmen von Art. 29b FILAG angelastet, was seitens der Gemeinden nicht bestritten werden kann. Die vorgesehene Regulierung bezüglich Sport- und Musikförderung erscheint sinnvoll, die Finanzierung der Gehälter beziehungsweise der Kosten erfolgt über die Lastenverteiler Lehrergehälter. Dies bedeutet, dass diese Aufwendungen nicht mehr von den Wohnortsgemeinden bezahlt werden müssen, sondern künftig von Kanton und der Gesamtheit aller Gemeinden zusammen.

CONTROLLINGBERICHT ADT-PLANUNGSERKLÄRUNGEN DER GPK

Der VBG war von der vorberatenden Geschäftsprüfungskommission (GPK) eingeladen worden, sich zum regierungsrätlichen Bericht und den vorgeschlagenen Massnahmen im ADT-Bereich zu äussern. Der VBG hat sich dafür ausgesprochen, dass die Richtplankompetenz bei der Region verbleibt. Der Regierungsrat hat demgegenüber vorgeschla-

gen, die Zuständigkeit für die grundeigentümergebundlichen ADT-Nutzungsplanungen dem Kanton zu übertragen. Der VBG hat im Sinne eines möglichen Kompromisses vorgeschlagen, die Zuständigkeit weiterhin bei den Gemeinden zu belassen, aber hier anstelle der Legislative den Gemeinderat als zuständige Behörde vorzusehen.

VERNEHMLASSUNGEN

Die Stellungnahmen der kommunalen Verbände (VBG/BGK) zu den jeweils aktuellen Themen werden stets umgehend auf der Homepage [begem.ch](https://www.begem.ch) publiziert. <https://www.begem.ch/vernehmlassungen>

4teamwork

teamraum® Für Teamarbeit mit Spassfaktor.



**Grenzenlose
Zusammenarbeit**



**Homeoffice
Garantie**



**JITSI Videokonferenz
integriert**

Sie wollen Flexibilität und gleichzeitig strukturiertes Arbeiten mit garantierter Datensicherheit fördern? Mit der für Sie perfekten Lösung teamraum® von 4teamwork erfüllen wir Ihnen alle drei Wünsche auf einmal.

Gönnen Sie Ihrem Team das Werkzeug, um erfolgreich zusammen zu arbeiten. Egal ob Projektgruppen, Kommissionen, Fachgremien oder interdisziplinäre Gruppen – die Zusammenarbeit wird effizient unterstützt.

4teamwork bietet Ihnen die Lösung sorgenfrei als «Cloud-Dienst» auf Schweizer Boden oder installiert in Ihrem Netzwerk an. Zahlreiche Referenzen bestätigen den hohen Nutzen in der Praxis.

Klingt interessant?

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website.

4teamwork AG | Dammweg 9, CH-3013 Bern
T +41 31 511 04 00 | contact@4teamwork.ch | www.4teamwork.ch



LES PRINCIPAUX DOSSIERS EN COURS

FAIRE FACE À LA CRISE DU CORONAVIRUS

Les communes n'étaient pas les seules à devoir sans cesse réagir aux plus récents développements de la situation, le secrétariat de l'ACB était logé à la même enseigne. Le coronavirus nous a tous obligés à jouer aux pompiers plus souvent qu'à notre tour, notamment pour pouvoir rapidement prendre les dispositions qui s'imposaient en concertation avec les différents services du canton. Et si ce dernier dispose d'un service spécialisé avec du personnel en effectif suffisant pour presque chacune des tâches qu'il doit accomplir, le secrétariat de l'ACB, lui, doit se contenter de ressources en personnel limitées, ce qui a parfois impliqué des charges de travail qui ont crevé tous les plafonds. Pour plus d'informations sur la crise du coronavirus, nous vous renvoyons à l'article qui lui est spécialement consacré. Les informations relatives au coronavirus sont chaque fois mises le plus rapidement possible en ligne sur le site Web www.begem.ch. Cela étant, nombreux sont les efforts du secrétariat de l'ACB qui restent invisibles de l'extérieur, car ils visent à influencer sur le canton et son administration afin que

les directives et instructions qu'ils prévoient d'édicter à l'intention des communes soient acceptables pour ces dernières, voire ne voient jamais le jour.

LOI SUR LES PROGRAMMES D'ACTION SOCIALE (LPASOC), MODIFICATION INDIRECTE DE LA LOI SUR L'AIDE SOCIALE (LASOC)

Invitée à se présenter devant la Commission de la santé et des affaires sociales (CSoc) du Grand Conseil, l'ACB a eu la possibilité de contribuer à la mise en place de certaines améliorations dans l'intérêt des communes. Cela étant, une importante exigence des communes n'est toujours pas satisfaite. Il faudra une fois de plus intervenir avec insistance devant le Grand Conseil. Il est tout bonnement inacceptable que, malgré la forte opposition des communes, le Conseil-exécutif puisse leur imposer un système uniforme de gestion des cas (art. 57k LASoc, modifiés indirectement par la LPASoc). L'art. 57k LASoc créent la base légale permettant au gouvernement d'imposer par voie d'ordonnance aux organismes responsables des services sociaux (donc aux communes) l'utilisa-

tion d'un système de gestion des cas approuvé par le service compétent de la Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration (al. 1). En vertu de l'al. 2 (de la proposition du Conseil exécutif), ce système de gestion des cas doit servir le canton. Dans le cadre du projet, les associations qui représentent les communes (ci-après : les associations) ont toujours demandé la mise en place d'un système qui tienne compte des intérêts des communes. La proposition de nouvel al. 2 de la majorité de la commission (proposition qui transforme l'al. 2 selon la proposition du Grand Conseil en nouvel al. 3) est certes digne d'être saluée, mais force est de reconnaître qu'elle ne parviendra pas à garantir que les intérêts des communes devront effectivement être pris en compte. En revanche, l'ACB est d'avis qu'il serait préférable de reprendre en l'adaptant une disposition similaire à celle qui figure déjà dans le projet de loi sur l'administration numérique et qui prévoit que le gouvernement pourra imposer des obligations ou des charges supplémentaires aux communes uniquement si une base légale le dispose ou avec le consentement préalable explicite de l'ACB. Si en revanche le Grand Conseil adopte

l'art. 57k LASoc dans la version du Conseil-exécutif, les communes seraient pour la suite du projet soumises au diktat du canton et l'ACB ne parviendrait plus à défendre leurs intérêts efficacement. Comme il faut éviter d'en arriver là, nous avons veillé à ce que, lors de la première lecture, soit déposée une proposition demandant le report de ce point à la seconde lecture afin de permettre d'élaborer une solution semblable à celle du projet de loi sur l'administration numérique. La proposition ayant été adoptée, l'ACB a entre-temps pu s'entretenir avec le directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration et les cadres de sa direction. Une solution comparable à celle du projet de loi sur l'administration numérique est en train de prendre corps. L'ACB attache une très grande importance à l'inscription de ce principe à l'art. 57k LASoc.

TAXE SUR LA PLUS-VALUE D'IMMEUBLES COMMUNAUX

Le canton et les communes n'étaient pas d'accord sur la question de savoir si, pour des immeubles qu'elles détiennent sur leur propre territoire, les communes

devaient aussi acquitter les 10 % de la taxe sur la plus-value dus au canton. Un avis de droit sur la question n'avait pas permis de mettre fin à cette controverse. Malgré cela, le Conseil-exécutif a déjà modifié l'ordonnance sur les constructions sans préalablement consulter les communes. Par la suite, à l'initiative de l'ACB, une motion intergroupe a été déposée pour demander à ce que la question soit tranchée par le Grand Conseil au moyen d'une modification de la loi sur les constructions. Cette motion n'a malheureusement pas réussi à rassembler de majorité. Le Parlement l'a rejetée par 70 voix contre 61 et 17 abstentions.

GROUPE DE CONTACT AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE

Au terme d'un processus ardu et de longue haleine, le groupe de contact Aménagement du territoire a adopté des mesures visant à améliorer les procédures d'aménagement du territoire. Les propositions élaborées avec le canton visent à transférer plus de responsabilités aux communes, bien entendu dans la mesure où elles peuvent garantir la qualité desdites procédures. L'Office des

affaires communales et de l'organisation du territoire sera pour sa part chargé d'accompagner ces procédures en concertation avec les communes. Vous trouverez de plus amples informations sur ce sujet sur le site Web des associations (voir www.begem.ch/VBG-ACB/aktuelles). Le mot du président au début du présent numéro présente un bilan des résultats atteints dans ce domaine.

PROJET DE RÉORIENTATION DE L'ENCOURAGEMENT DES FUSIONS DE COMMUNES

Après que le Grand Conseil a approuvé le rapport « Avenir du découpage géopolitique du canton de Berne », le gouvernement a entrepris de réorienter l'encouragement des fusions de communes. Le principe en vertu duquel les fusions de communes doivent rester volontaires demeure incontesté, bien entendu sous réserve des dispositions de la loi sur les communes relatives aux fusions de communes ordonnées (art. 41 à 41 LCo) qui n'ont toutefois encore jamais été appliquées à ce jour et qui ne le seront fort probablement jamais. Par ailleurs, l'idée initialement discutée d'un canton de

Berne réduit à 50 communes et celle d'un plan directeur des fusions ont été abandonnées. Aujourd'hui, officiellement, on s'accorde néanmoins à envisager un objectif à très long terme de 100 à 150 communes. Sous la présidence de la Conseillère d'État Evi Allemann, le projet aborde maintenant la question de la définition des périmètres au sein desquels les fusions seront encouragées. À l'avenir, les encouragements seront décentralisés et dirigés par les préfetures. L'ACB est représentée au sein des organes du projet. Des critères applicables à la définition de ces périmètres ont été définis dans le cadre d'un atelier. Au cours de l'année prochaine, les communes pourront définir des périmètres de fusion pertinents dans le cadre de processus participatifs organisés à l'échelon des arrondissements administratifs.

RÉVISION DE LA LOI SUR LA PROTECTION DES DONNÉES – RÉORGANISATION DE LA SURVEILLANCE COMMUNALE DE LA PROTECTION DES DONNÉES

Les dispositions relatives à la surveillance communale de la protection des

données sont touchées par la révision de la loi cantonale sur la protection des données, car dans de nombreux cas, les organes communaux chargés de cette surveillance ne sont pas en mesure de répondre aux exigences en la matière. Dans de nombreuses communes, cette tâche est assignée à l'organe de vérification des comptes qui, par manque d'expertise et eu égard à un nombre sans doute restreint de cas à traiter, ne dispose pas du savoir-faire nécessaire. Pour combler ces lacunes, un nouveau modèle a été développé en collaboration avec des représentants de l'autorité cantonale de surveillance de la protection des données, du Directoire des préfetures, de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire et de plusieurs communes. Il prévoit le transfert des tâches assumées actuellement par les organes de surveillance communaux à un service cantonal. Les prestations dont les communes disposent ou devraient disposer aujourd'hui seront à l'avenir fournies par un service cantonal commun. Ce nouveau modèle doit toutefois encore être affiné avant de pouvoir être intégré à la révision de la loi sur la protection des données.

NOUVEAU CONTRAT TYPE AVEC LES FORCES MOTRICES BERNOISES BKW

En raison de la nécessité d'une base réglementaire et à la suite de modifications intervenues à l'échelon du droit supérieur, les communes qui souhaitent percevoir une redevance de concession sont dorénavant tenues de conclure un nouveau contrat de concession avec les BKW. Les quatre séances d'information communes ACB/BKW planifiées ont malheureusement dû être annulées en raison de la pandémie de coronavirus. Fin octobre, le nouveau contrat type a été envoyé aux communes par courriel, accompagné d'explications relatives à la situation juridique et d'un projet de base réglementaire. De nombreuses communes sont actuellement en train d'élaborer un règlement leur permettant de percevoir une redevance de concession.

DISSOLUTION DU GROUPE DE CONTACT CANTON-COMMUNES

Le groupe de contact canton-communes a été institué afin de normaliser les mauvaises relations que le canton et ses com-

munes entretenaient avant l'ère de la LPFC. Il a joué un rôle important au cours des deux phases LPFC (2002 et 2012). Au fil du temps, les sujets de discussion communs à toutes les directions se sont mis à manquer. Aujourd'hui, et nous pouvons nous en féliciter, les communes sont généralement associées très en amont aux processus cantonaux qui les concernent. Par ailleurs, il existe de nombreux autres points de rencontre qui permettent au besoin de négocier les objets relevant des différentes politiques sectorielles avec les directions concernées. L'ACB est, elle aussi, d'avis que la dissolution de ce groupe de contact est appropriée, raison pour laquelle elle n'a soulevé aucune objection à la proposition correspondante de la Direction de l'intérieur et de la justice. Le Conseil-exécutif a par conséquent décidé la dissolution de cet organe.

RÉVISION PARTIELLE DE LA LOI SUR L'ÉCOLE OBLIGATOIRE

Le Grand Conseil examine la révision de la loi sur l'école obligatoire en première lecture. Il en va avant tout de l'intégration de la scolarisation spécialisée dans la législation sur l'école obligatoire. Par

rapport à la réglementation actuelle, les communes n'auront pas à assumer de nouvelles tâches dans ce domaine malgré le transfert de la responsabilité des écoles spécialisées dans le champ de compétence de la Direction de l'instruction publique et de la culture, partant de l'intégration de la réglementation de la scolarisation spécialisée dans la loi sur l'école obligatoire. En revanche, le fait que le financement continuera de passer par la répartition des charges de l'aide sociale est un peu plus malcommode. L'ACB a déjà relevé à plusieurs occasions que les communes n'assument aucune compétence en matière de scolarisation spécialisée, raison pour laquelle il est gênant qu'elles doivent participer à ce financement à hauteur de 50 %. Cela est toutefois déjà le cas aujourd'hui. Un transfert de la responsabilité financière vers le canton serait certes techniquement plus judicieux, mais il entraînerait un transfert de charges supplémentaire au titre de l'art. 29b LPFC (transfert de charges résultant d'une nouvelle répartition des charges) et aggraverait d'autant le solde au détriment des communes, ce qui n'est pas souhaitable. La réorganisation de la scolarisation spécialisée entraîne quant à elle plusieurs

transferts de tâches et une charge supplémentaire de 3,5 millions de francs par an pour le canton. Ce montant sera imputé aux communes au titre de l'art. 29b LPFC, ce qu'elles ne peuvent pas contester. La réglementation de l'encouragement des talents sportifs ou musicaux paraît judicieuse puisque le financement des salaires correspondants, donc des coûts, est assuré par la répartition des charges relatives aux traitements des enseignants. Autrement dit, ces charges ne devront plus être supportées par les communes de domicile et seront assumées collectivement par le canton et l'ensemble des communes.

RAPPORT DE CONTROLLING EDT – DÉCLARATIONS DE PLANIFICATION DE LA CG

La Commission de gestion (CG) avait invité l'ACB à donner son avis sur le rapport du gouvernement et les mesures proposées en matière d'extraction de matériaux, de décharges et de transports (EDT). L'ACB s'est prononcée en faveur du maintien de la compétence en matière de plans directeurs à l'échelon des régions. Le Conseil-exécutif s'est en

revanche prononcé en faveur d'un transfert au canton des compétences en matière d'édiction des plans d'affectation dans le domaine EDT qui sont contraignants pour les propriétaires fonciers. L'ACB a proposé, comme compromis envisageable, de maintenir cette compétence dans le giron des communes, mais de la confier non plus au législatif, mais au conseil municipal.

CONSULTATIONS

Les avis formulés par les associations (ACB/CCB) sur les objets récemment mis en consultation sont publiés au fur et à mesure sur le site Web.begem.ch. www.begem.ch/vernehmlassungen



Car la taille est pour moi un critère de choix

Previs Prévoyance compte parmi les dix plus grandes institutions collectives et communes. Une longue tradition dans le domaine du service public, des solutions de prévoyance flexibles et une qualité de service au plus haut niveau: voilà ce pour quoi nous nous engageons depuis 60 ans.

Deux partenaires forts: l'Association des Communes Suisses (ACS) et la Previs.

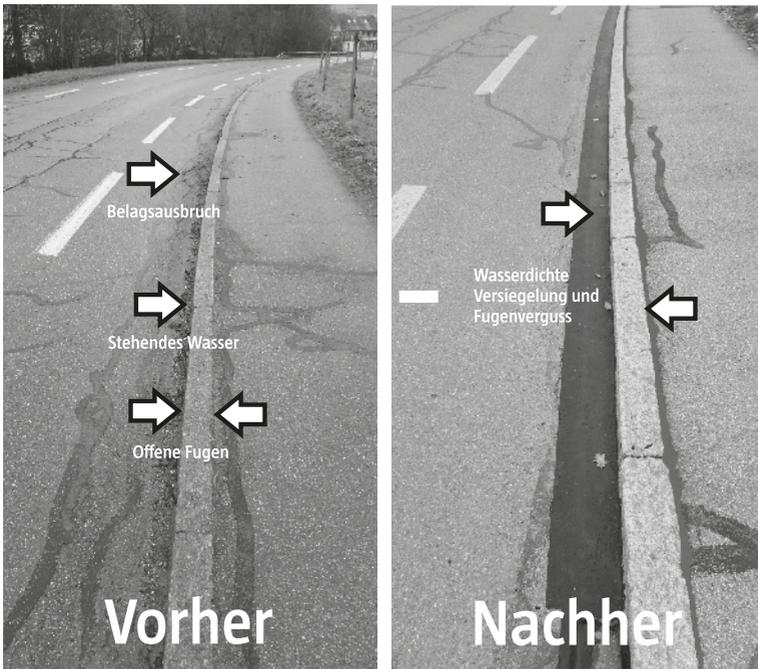
www.previs.ch

previs 
Quand prévoyance
rime avec transparence

Teure Schäden an Gemeindestrassen vermeiden:

Offene Fugen und Risse verschliessen!

Offene Fugen und Risse sind die Quelle vieler Schäden an Gemeindestrassen: Dank modernster Asphaltprodukte – auf der Basis kalt anwendbarer, umweltfreundlicher Emulsionen – kann der Werkhof rasch und einfach diese Schwachstellen flicken und wasserdicht machen.



Flächige oder netzförmige Rissbilder werden mit einer robusten, verkehrsfesten Bitumenversiegelung gegen Wasser und Frostzerstörung geschützt.

InfraTrace GmbH
Allmendstrasse 6
Postfach 28
CH-3629 Kiesen
Telefon+41 33 221 88 22
office@infratrace.ch
www.infratrace.ch

Werkhofschulung: Während zwei Tagen lernen Ihre Werkhofmitarbeiter die Flicktechniken der kalten Rissverfüllung und Versiegelung. An konkreten Schadstellen in Ihrer Gemeinde werden die passenden Verfahren direkt angewendet.

Gerne zeigen wir Ihnen bei einem Besuch Beispiele dazu.

BEWÄLTIGUNG DER CORONA-PANDEMIE

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE GESELLSCHAFT – HERAUSFORDERUNG FÜR DEN STAAT

VBG / Die bisher für viele Personen schier unbegrenzte Mobilität und Bewegungsfreiheit ist seit dem Lockdown im Frühjahr stark eingeschränkt. Dies ist für die meisten Leute eine erhebliche Herausforderung. Der Staat muss immer abwägen, ob er eher einschränkende Massnahmen mit den entsprechenden Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft beschliessen soll, oder ob eher ein grosszügiges Regime angezeigt erscheint, mit dem Risiko, dass sich die Pandemie wieder stark ausbreitet. Während die meisten Betroffenen den Staat als Einheit wahrnehmen, zeigt sich für die Insider, welche Herausforderung es ist, in einem föderalen System über drei staatliche Ebenen hinweg ein wirkungsvolles Pandemie-Management zu betreiben. In der Schweiz sind die in der Regel eher dezentralen, direkt-demokratischen Prozesse bewährt und tragen zu einer erheblichen Legitimation und Akzeptanz staatlichen Handelns bei. In einer Pandemie sind rasche Entscheide gefragt, da müssen die bewährten Prozesse teilweise durch neue, unbekannte abgelöst werden. Die wirt-

schaftlichen Auswirkungen gewisser Massnahmen sind einschneidend. Der Massstab, der im «normalen» Alltag an staatliche Massnahmen bezüglich Vor-ausschbarkeit und rechtsgleicher Behandlung gelegt wird, ist in der Schweiz äusserst streng. Im Rahmen der Krisenbewältigung geht Geschwindigkeit und Pauschalierung einer allzu differenzierten Betrachtungsweise vor, es geht nicht anders. Es ist sicher kein Problem, wenn die vom Staat verordneten Massnahmen kritisch hinterfragt und öffentlich diskutiert werden. Letztlich müssen aber die gewählten Organe innert nützlicher Frist entscheiden, was gilt. Expertenwissen ist zwar unerlässlich, das ständige Abwägen zwischen Sicherheit und wirtschaftlichem Überleben kann nicht durch Technokraten erfolgen, hier ist die Politik gefordert. Und bisher hat es der Staat – über alle Ebenen hinweg – gar nicht so schlecht gemacht. Der mittlere Grad an Unzufriedenheit aller Akteure ist stets ein Hinweis auf eine ausgewogene Politik mit Augenmass. Dazu tragen auch die Gemeinden bei, die in vielen Politikbereichen nahe an der Bevölkerung die Massnahmen vertreten und umsetzen müssen. Die Herausforderungen für Politik und Verwaltung sind aber erheblich.

ZUSAMMENARBEIT KANTON – GEMEINDEN

Von Beginn der Corona-Pandemie an war die Zusammenarbeit mit dem Kanton sehr anspruchsvoll. Der VBG hat einen guten Überblick über alle Direktionen und musste feststellen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen zu Beginn der Pandemie nicht überall funktioniert hatte. Während der ausserordentlichen Lage war es möglich, innert kürzester Zeit geltendes Recht ausser Kraft zu setzen, was nun unter der besonderen Lage nicht mehr der Fall ist. Es gelten wieder die bestehenden Normen, die nicht mittels Notrecht vorübergehend ausser Kraft gesetzt oder geändert werden können. Das heisst auch, der Kanton kann zwar eigene «Dienststellen» in der kantonalen Hierarchie beliebig anweisen, etwas zu tun oder zu unterlassen. Oft geht der Kanton – fälschlicherweise – davon aus, dies könne er auch gegenüber den Gemeinden tun. Wir müssen den Kanton immer wieder darauf hinweisen, dass er die Gemeinden nur dann zu einem bestimmten Verhalten verpflichten kann, wenn dies durch eine genügende Rechtsgrundlage abgedeckt ist.

Wir hatten im letzten Jahr verschiedene, teils heftige Auseinandersetzungen, die aber immer mit einer für alle befriedigende Lösung beigelegt werden konnten. Es ist dem VBG und seinen Partnerverbänden ein Anliegen, dass diese Auseinandersetzungen nie nach aussen gedrungen sind. Aussenstehende nehmen den Staat als Einheit wahr und unterscheiden kaum, ob ein Entscheid in der Verantwortung der Bundes, des Kantons oder der Gemeinde liegt.

Auf Intervention der Stadt Biel hin lud die Regierung gegen Ende August zu einer Aussprache ein. In Anwesenheit des Regierungspräsidenten und von zwei weiteren Regierungsmitgliedern wurden die Anliegen der Gemeinden noch einmal auf höchster Ebene deponiert. Die Regierung hatte Verständnis für diese Anliegen und hat eine Verbesserung der Kommunikation und der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gemeinden in Aussicht gestellt. Im Nachgang hat ein Runder Tisch stattgefunden (Staatschreiber, Vize-Staatschreiber, Generalsekretäre, VBG-Geschäftsführer, Stadtschreiber von Bern als Vertreter der grossen Städte und Gemeinden). Hier wurde vereinbart, dass

DIALOG

Dialog Verwaltungs-Data AG

SEIT 40 JAHREN

Und das Beste kommt erst.



DIALOG⁶

Ihre Mitarbeiter werden es lieben.

Die frische, moderne und geräteunabhängige Gesamtlösung, welche den höchsten Sicherheitsstandards entspricht.

www.dialog.ch

der VBG und auch die Stadtvertretung bei allen die Gemeinden betreffenden Geschäften einbezogen werden. In einem Dokument wurden die festgelegten Formalien dokumentiert. Zudem führt der Direktor der GSI bei Bedarf eine kurze Telefonkonferenz durch. Der Zugang zu den kantonalen Amtsstellen ist jederzeit gewährleistet. Der VBG hat einen direkten Zugang zum Sonderstab und kann bei Bedarf an den Sitzungen des Kernteams teilnehmen.

ARBEITSGRUPPE GESCHÄFTS-LEITUNG RSTH / AGR / VBG

Seit dem Lockdown führt die Arbeitsgruppe, bestehend aus der Geschäftsleitung der Regierungsstatthalter/-innen, dem AGR und dem VBG ein Arbeitspapier mit Antworten zu den wichtigsten gemeinderelevanten Fragen, das jeweils auf den Homepages dieser Organisationen aufgeschaltet wird. Die Neuerungen sind gegenüber der älteren Version jeweils gelb hinterlegt. Es ist nach wie sehr erfreulich, wie unkompliziert und rasch die Zusammenarbeit erfolgt. Auch schwierige Fragen konnten in der Regel innert Tagesfrist geklärt

werden. Dies bedingt von allen eine Reaktion innert Stunden. Seitens der Gemeinden wird dieses stets aktualisierte Papier sehr geschätzt.

KONTROLLE UMSETZUNG COVID-MASSNAHMEN

Von Beginn der Covid-Pandemie an war umstritten, ob und in welchem Ausmass die Gemeinden bei der Kontrolle der Umsetzung der Covid-Massnahmen mitwirken müssen. Der VBG hat eine *Mitwirkungspflicht* stets bestritten. Die Kapo hat im öffentlich zugänglichen Raum diese Kontrollen ausgeführt, allerdings hat er im Sommer die Ressourcengemeinden in die Kontrolltätigkeit einbezogen. Der Einbezug ist allerdings sehr unterschiedlich erfolgt, einzelne Gemeinden waren sehr aktiv, während andere gar keiner Kontrolltätigkeit nachgegangen sind. Immer wieder gab diese Frage zu reden, was in der Folge dazu führte, dass unter der Leitung des Präsidenten der GL RSTH, Martin Künzi, mehrere Aussprachen in einer eigens dafür gebildeten Arbeitsgruppe stattfanden. Der VBG willigte ein, dass die Gemeinden die Kapo bei den Kontrollen

unterstützen, aber nur, wenn dies ausdrücklich *freiwillig* erfolgen würde. Der Kanton akzeptierte dies schliesslich. Der VBG war in der Folge an der Entstehung der entsprechenden Verordnungsbestimmungen beteiligt, die der Regierungsrat am 4. November 2020 beschlossen und einen Tag später in Kraft gesetzt hat. Der VBG hat zusammen mit der BOV und in Absprache mit der Kapo innert zweier Tagen einen Leitfaden zuhanden der Gemeinden entworfen, damit die Umsetzung überall gleich und in Absprache mit der Kapo erfolgen kann. Die Entstehung des Leitfadens zwischen verschiedenen Akteuren verlief sehr konstruktiv. Es darf davon ausgegangen werden, dass die Absprachen zwischen Kapo und Gemeinden funktionieren und dass die Gemeinden hier mit ihren Kontrollen einen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der beschlossenen Massnahmen leisten können.

VOLKSSCHULE

Während die BKD zu Beginn der Pandemie verschiedene Entscheide ohne Einbezug des VBG fällte, ist heute die Zusammenarbeit sehr intensiv und gut.

Der BKD ist es bewusst, dass die Volksschulen – anders als die Sek II-Schulen – nicht Befehlsempfänger in der Linie sind, sondern rechtlich zu den Gemeinden gehören und grundsätzlich autonom sind. Andere Stellen sehen das nicht immer so und nehmen die Volksschule wie eine eigene Verwaltungsstelle in Anspruch. So hat sich das Kantonsarztamt kürzlich direkt an die Schulleitungen gewandt und diesen die Zuständigkeit «übertragen», in gewissen, standardisierten Situationen Quarantänen und Isolationen anzuordnen. Von der Sache her ist diese Absicht verständlich und richtig, aber das Vorgehen geht nicht. Zusammen mit der BKD hat der VBG interveniert und dargelegt, dass solche Festlegungen nur in Absprache mit der BKD, mit dem VBG und allenfalls mit weiteren Stakeholdern (Schulleiterverband, Bildung Bern) erfolgen können. Die Durchsetzung solcher Entscheide (Quarantäne, Isolation) obliegt weiterhin dem Kanton, soweit sich die Betroffenen nicht freiwillig dem Beschluss unterziehen.



ROD TREUHAND

ROD Treuhand AG
Solothurnstrasse 22
3322 Urtenen-Schönbühl
Telefon 031 858 31 11
info@rod.ch

Wir sind der verlässliche Partner für Gemeinden und Unternehmen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen und sorgen dafür, dass Sie sich in Revisions- und Treuhandfragen ausgezeichnet beraten und aufgehoben fühlen.

Wir sind Spezialisten für:

Revision
Stellvertretungen in Verwaltungen
Finanzplanung /Finanzanalyse
Buchführung

www.rod.ch

«Wir beraten Gemeinden in allen Bankfragen»



Oliver Nuspliger
Bundesplatz 8, 3001 Bern
031 666 62 99
oliver.nuspliger@bekb.ch

Francis Wuillemin
Rue centrale 46, 2502 Bienne
032 327 46 96
francis.wuillemin@bcbe.ch

Daniel Rieder
Untere Bönigstrasse 8, 3800 Interlaken
033 826 61 25
daniel.rieder@bekb.ch

bekb.ch



B E K B | B C B E

FAIRE FACE À LA PANDÉMIE DE CORONAVIRUS

UN DÉFI POUR LA SOCIÉTÉ – UN DÉFI POUR L'ÉTAT

ACB / La mobilité et la liberté de circulation pour ainsi dire illimitées jusqu'au printemps dernier ont été fortement restreintes depuis le confinement. Un défi de taille pour la plupart des gens. Pour l'État, il s'agit de peser le pour et le contre. Faut-il prendre des mesures plutôt restrictives et accepter les répercussions sur l'État, l'économie et la société ou opter pour un régime plus tolérant et prendre le risque de voir la pandémie reprendre une forte progression ? Si la plupart des personnes touchées voient l'État comme une seule entité, les initiés se rendent compte de l'ampleur du défi que pose la gestion d'une crise telle que cette pandémie dans un système fédéraliste à trois échelons. En Suisse, les processus de démocratie directe plutôt décentralisés ont fait leurs preuves et contribuent à une forte légitimité et à une bonne acceptation de l'action publique. En période de pandémie, il faut cependant agir rapidement, ce qui implique parfois de remplacer certains processus éprouvés par d'autres, plus adéquats par rapport à la situation, mais qui constituent un pas dans l'inconnu.

Les conséquences économiques de certaines mesures sont drastiques. Dans notre pays, les exigences en matière de prévisibilité et d'égalité de traitement qui sont en temps normal posées à l'action de l'État sont extrêmement strictes. Mais lorsqu'il s'agit de faire face à une crise, la réactivité et une approche globalisante l'emportent sur une approche nuancée, il n'y a pas d'autre manière d'agir. Le fait que les mesures ordonnées par l'État en de telles circonstances soient critiquées et discutées sur la place publique ne pose aucun problème. En fin de compte, il incombe aux organes élus de définir le régime applicable à la crise en temps utile. Les savoirs experts sont indispensables, certes, mais les pesées d'intérêts qu'il faut continuellement faire ne peuvent être confiées à des technocrates, ces choix relèvent de la politique. Et force est de reconnaître que jusqu'ici, l'État – tous échelons confondus – ne s'en est pas trop mal tiré. Le degré d'insatisfaction moyen de tous les acteurs est toujours le signe d'une politique équilibrée et réaliste. Très proches de la population, les communes, qui doivent mettre en œuvre des mesures dans de nombreux secteurs politiques, contribuent elles aussi à cette politique

équilibrée et réaliste. Il est toutefois indéniable que les défis pour les milieux politiques et pour l'administration sont considérables.

COLLABORATION CANTON – COMMUNES

La collaboration avec le canton s'est avérée très chronophage et complexe dès le début de la pandémie de coronavirus. L'ACB, qui a une bonne vue d'ensemble de toutes les directions, a pu constater que, au début de la pandémie, la collaboration entre celles-ci n'a pas toujours très bien fonctionné partout ni à tous les niveaux. Il a fallu tout de même agir rapidement et de manière concertée dès la situation extraordinaire déclarée. En effet, ce régime permettait de s'écarter du droit en vigueur dans un délai très court. Il n'en va certes plus de même dans la situation particulière en vigueur aujourd'hui où le droit de nécessité ne s'applique plus, mais le besoin de concertation demeure élevé, non seulement entre les directions elles-mêmes, mais aussi entre les directions et les communes.

Le canton peut utiliser la voie hiérarchique cantonale et ordonner à ses propres services de faire ou de ne pas faire quelque chose. Cela dit, il arrive souvent que le canton pense – à tort – pouvoir se comporter de la même manière avec les communes. Nous devons régulièrement lui rappeler qu'il ne peut obliger les communes à se comporter d'une certaine manière que dans la mesure où cela est prévu par une base légale adéquate.

Au cours de l'année écoulée, tout cela a donné lieu à quelques différends parfois très vifs entre canton et communes. Il a toutefois toujours été possible de trouver une solution satisfaisante pour les parties. Pour l'ACB et ses associations partenaires, il était très important que ces désaccords ne deviennent jamais publics, tant il est vrai que pour la population en général, l'État représente une entité et la plupart des citoyens ne se rendent pas vraiment compte si une décision relève de la Confédération, du canton ou de la commune.

À l'initiative de la Ville de Bienne, le gouvernement cantonal a invité les représentants des communes pour une

discussion. Fin août, ces derniers ont pu une fois de plus présenter les préoccupations et revendications des communes au plus haut niveau, c'est-à-dire en présence du président et de deux autres membres du gouvernement bernois. Ce dernier a été sensible à ces préoccupations et a promis une amélioration de la communication et une meilleure prise en compte des besoins des communes. Une table ronde réunissant le chancelier, le vice-chancelier, les secrétaires généraux des directions, le directeur de l'ACB et le chancelier de la Ville de Berne (en qualité de représentant des grandes villes et des grandes communes) a eu lieu dans le sillage. À cette occasion, les participants ont convenu que l'ACB et les grandes villes et grandes communes (par leur représentant) seraient dorénavant consultées sur tous les objets touchant les communes. Les modalités ont été consignées dans un document. Il a en outre été convenu que, au besoin, le directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration organise une brève conférence téléphonique. Aujourd'hui, l'accès à tous les services de l'administration cantonale est en tout temps garanti. L'ACB a en outre un accès direct à l'état-major spécial du can-

ton et est invitée, si nécessaire, à participer aux séances de son noyau dur.

GROUPE DE TRAVAIL RÉUNISSANT LE DIRECTOIRE DES PRÉFECTURES ET DES REPRÉSENTANTS DE L'OACOT ET DE L'ACB

Depuis le confinement, le groupe de travail réunissant le Directoire des préfetures et des représentants de l'OACOT et de l'ACB tient à jour un document de travail qui propose des réponses aux principales questions qui concernent les communes. Ce document est en ligne et les personnes intéressées peuvent y accéder à partir des sites Web des organisations en question. À chaque nouvelle version, les changements apportés à la version précédente sont surlignés en jaune. Il est réjouissant de constater à quel point la coopération au sein de ce groupe de travail est simple et rapide. Même les questions difficiles trouvent généralement une réponse dans la journée, ce qui, comme on peut se l'imaginer, exige de tous une réaction dans les heures qui suivent. Les communes apprécient beaucoup cette source d'informations.

CONTRÔLE DE L'APPLICATION DES MESURES COVID

Dès le début de la pandémie de coronavirus, la question de savoir si et dans quelle mesure les communes devaient être impliquées dans le contrôle de l'application des mesures COVID était controversée. L'ACB a toujours contesté toute *obligation* des communes en la matière. La police cantonale s'est chargée des contrôles correspondants dans les espaces publics, en associant les communes sous contrat de ressources à ses activités de contrôle durant l'été, avec un résultat toutefois contrasté. Certaines communes se sont montrées très actives alors que d'autres sont demeurées complètement passives dans ce domaine, ce qui a donné lieu à bien des discussions. En fin de compte, plusieurs débats ont eu lieu à ce sujet au sein d'un groupe de travail *ad hoc* dirigé par Martin Künzi, président du Directoire des préfectures. À l'issue de ces discussions, l'ACB a consenti à ce que les communes apportent un soutien à la police cantonale, à condition que ce soit sur une base expressément *volontaire*, ce que le canton a fini par accepter. Par la suite, l'ACB a participé à la rédaction des dis-

positions de l'ordonnance correspondante que le Conseil-exécutif a approuvée le 4 novembre 2020 et mise en vigueur un jour plus tard. Dans la foulée, pour assurer une mise en œuvre harmonisée sur l'ensemble du territoire cantonal et concertée avec la police cantonale, l'ACB et l'Association bernoise des polices locales (ABPL) ont, en concertation avec la police cantonale, rédigé en deux jours un guide à l'attention des communes. Les différents acteurs qui ont participé à la rédaction de ce document ont été animés par un esprit très constructif. Il est dès lors légitime de penser que les communes et la police cantonale parviendront à se mettre d'accord et qu'avec les contrôles qu'elles effectueront, les communes contribueront à l'application des mesures décidées.

ÉCOLE OBLIGATOIRE

Alors qu'au début de la pandémie, la Direction de l'instruction publique et de la culture (INC) avait encore pris certaines décisions sans consulter l'ACB, la collaboration a rapidement pris un tour plus concerté et peut dorénavant être

qualifiée de bonne. L'INC est consciente que, à la différence des écoles du niveau secondaire II, les écoles primaires et secondaires n'appartiennent pas à la ligne hiérarchique du canton et que, juridiquement, elles sont subordonnées aux communes. En revanche, certains autres services du canton ne voient pas toujours la situation du même œil et partent du principe que l'école obligatoire est un service qui leur est subordonné. Ainsi, récemment, l'Office du médecin cantonal s'est adressé directement aux directions des écoles pour leur « déléguer » la compétence d'ordonner des quarantaines et des isolements dans

certaines circonstances bien définies. La démarche est tout à fait compréhensible et pas dénuée de sens d'un point de vue purement matériel, mais elle n'est pas correcte sous l'angle formel. L'ACB et l'INC sont intervenues et ont expliqué qu'une telle manière de faire pouvait être tolérée uniquement avec l'aval de l'INC, de l'ACB et, au besoin, d'autres concernés (Berufsverband Schulleitungen Bern, Formation Berne). En tout état de cause, l'exécution de telles décisions (quarantaine, isolement) demeure de la compétence du canton, à moins que les personnes visées s'y soumettent de leur propre gré.

BARRIEREFREIER ÖFFENTLICHER VERKEHR: EIN GEWINN FÜR ALLE



DAS BEHINDERTENGLEICH- STELLUNGSGESETZ UND DIE UNO-BEHINDERTENRECHTS- KONVENTION

In der Schweiz ist das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) seit Januar 2004 in Kraft. Dieses verlangt bis Ende 2023 einen barrierefreien Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für Menschen mit Behinderungen. Auch die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK), welche 2014 von der Schweiz ratifiziert wurde, fordert für Menschen mit Behinderungen das Recht auf eine unabhängige Lebensführung und Teilhabe in allen Lebensbereichen. Damit Menschen mit Behinderungen ohne Hilfe Dritter unterwegs sein können, ist ein barrierefreier ÖV unabdingbar. Hindernisfreie Bushaltestellen stellen dabei einen wichtigen Faktor dar. Es gibt 2'800 Bushaltestellen im Kanton Bern. Davon befinden

sich rund 1'400 Bushaltestellen auf Gemeindestrassen. Damit die Vorgaben des BehiG erfüllt werden und eine «lückenfreie Transportkette des ÖV für Menschen mit Behinderungen» ermöglicht wird, ist es wichtig, dass Gemeinden die Anpassung der Bushaltestellen in Angriff nehmen.

«ES BRAUCHT NOCH VIEL, BIS ICH MIT DEM ÖV AUTONOM REISEN KANN»



Beat Ruefer ist Mitglied der Schweizerischen Multiple Sklerose Gesellschaft und engagiert sich in der Regionalgruppe Berner Seeland. Er ist oft mit

öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Mit seinem elektrischen Rollstuhl ist er angewiesen auf einen barrierefreien ÖV. Beat Ruefer muss seine Fahrten jeweils gut vorbereiten und organisieren. Eine spontane Reise ist mit einem elektri-

schen Rollstuhl schwierig. Treten während der Fahrt spontane Hindernisse auf, muss er improvisieren. Er denkt lösungsorientiert: «Ich leite die Vorfälle dann jeweils dem Betreiber weiter und zeige mögliche Lösungen auf».

ERSTE HINDERNISFREIE BUSHALTESTELLE IM KANTON BERN EIN VOLLER ERFOLG

Wie die hindernisfreie Bushaltestelle «Rössli» in Langenthal gezeigt hat, profitieren von dem höhengleichen Einstieg in die Busse nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch ältere Personen, Reisende mit Gepäck, Eltern mit Kinderwagen usw. Sie wurde als erste Bushaltestelle im Kanton Bern barrierefrei umgebaut. Die Haltestelle wurde mit einem 22 Zentimeter hohen Randstein ausgestattet und ermöglicht somit einen autonomen Ein- und Ausstieg für verschiedene Nutzergruppen. Da diese so schneller in die Busse ein- und aussteigen können, profitieren auch die Busbetriebe.

KLAGERECHT AB 2024

Ab dem Jahr 2024 haben Direktbetroffene das Recht, bei der zuständigen Verwaltungsbehörde oder einem Zivilgericht die Beseitigung einer Benachteiligung und die erforderlichen Anpassungen zu verlangen. Zudem besteht bereits jetzt ein Verbandsbeschwerderecht.

DIE GEMEINDEN UND BARRIEREFREIE HALTESTELLEN

Es gibt verschiedene «Eigentümer» von Bushaltekanten. Für Beat Ruefer stellen die Gemeinden die treibende Kraft dar, um das Ziel der barrierefreien Bushaltestellen zu erreichen. Ihm ist es ein Anliegen, dass diese ihre Verantwortung wahrnehmen, damit die gemeindeeigene Infrastruktur die gesetzlichen Vorgaben gemäss BehiG erfüllt. Beat Ruefer meint «GemeindepolitikerInnen sind gefordert, die Barrierefreiheit in ihre Agenda aufzunehmen». Es ist zu überprüfen, welche Bushaltestellen in den Gemeinden nicht barrierefrei sind. «Gibt es Bushaltestellen ohne entsprechende Haltekanten? Wenn ja, müssen

diese Bushaltestellen umgebaut werden. Auch Provisorien sind denkbar. Damit könnte ich mit Hilfe des Buspersonals und der Fahrzeugrampe bei jeder Halte- kante in den Bus ein- und aussteigen» meint Ruefer. Er ist der Meinung, dass kurzfristige Lösungen sofort umgesetzt werden sollten. Budgetrelevante Änderungen sollten ins Jahresbudget aufgenommen werden. Bei der Bestimmung der Haltestellen, welche angepasst werden müssen, berät die Bau- und Verkehrsdirektion des Kantons Bern. Auch ist es notwendig, die Behindertenorganisationen und die Verkehrsunternehmen im Planungsprozess einzubeziehen.

Die Unterlagen «Hindernisfreie Bushaltestellen – Arbeitshilfe für die Beurteilung der Verhältnismässigkeit» und «Hindernisfreie Bushaltestellen – Grundlagenbericht» sind auf der Website der BVE (www.bve.be.ch) unter «Mobilität & Verkehr / BehiG im öV» auffindbar.

Weitere Anlaufstellen:

- Procap, Fachstelle Hindernisfreies Bauen
Mail: hindernisfrei-be@procap.ch,
Tel. 031 941 37 07, www.procap.ch

- Sensability, Experten für Inklusion,
Mail: info@sensability.ch,
Tel. 031 351 76 72.
Sensability führt Schulungen durch. Dadurch wird das Personal im öffentlichen Verkehr auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen aufmerksam gemacht, was eine gegenseitige Bereicherung darstellt. Wäre eine solche Schulung eine gute Idee für Ihren nächsten Team-Anlass? Informationen dazu finden Sie unter: www.sensability.ch
- Inclusion Handicap:
Technische Beratung ÖV,
Mail: info@inclusion-handicap.ch,
Tel. 031 370 08 30,
www.inclusion-handicap.ch

WER SIND WIR?

Die Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk ist die Dachorganisation von rund 40 Organisationen aus Selbsthilfe, Beratung und Fachhilfe (www.kbk.ch). Unser Ziel ist es, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in einer inklusiven Gesellschaft führen können.

OHNE HINDERNISSE

Die Berner Informationsplattform Participa richtet sich an Menschen mit Behinderungen, Angehörige und Beratende. Sie finden dort Informationen zur Erleichterung des Alltags von Menschen mit Behinderungen. Sich fortbewegen zu können ohne Hindernisse, ist

eine wichtige Voraussetzung für mehr Selbstbestimmung. Unter <https://www.participa.ch/alltag/mobilitaet> finden Menschen mit Behinderungen zu folgenden Themen für sie relevante Informationen: öffentlicher Verkehr, Reisen ins Ausland, Unterwegs mit dem eigenen Auto, Fahrdienste, Gebäude und Orte ohne Hindernisse.



Wir machen Archive.

ARCHIVDATEN.CH

archivdaten.ch GmbH
Schulhausstrasse 18, 3086 Zimmerwald
info@archivdaten.ch, www.archivdaten.ch
031 819 05 05

VORANZEIGE ERFA-TAGUNG 4. MAI 2021 PRO SENIOR UND PRO SENECTUTE BERN

DIGITAL – GENIAL? FATAL?

16. Erfa-Tagung zum Austausch von Wissen und Erfahrung in Altersfragen im Kanton Bern,

Dienstag, 4. Mai 2021, 9.00 bis 15.30 Uhr
im Haus des Sports in Ittigen

Die Digitalisierung hat nicht zuletzt wegen der Corona-Krise in diesem Jahr einen enormen Schub erhalten und die Digitalisierung geht weiter voran. Die Veränderungen haben Auswirkungen auf alle Generationen. Speziell gefordert ist die ältere Generation.

Für viele Seniorinnen und Senioren bringt der technologische Wandel Chancen, birgt aber auch Risiken. Wir wollen die Auseinandersetzung mit den eigenen Werten und dem Wertewandel in der Gesellschaft zum Thema anregen und zeigen in Projekten auf, *wohin in gewissen Bereichen die Digitalisierung gehen könnte.*

Frau Prof. Dr. Sabine Misoch, Interdisziplinäres Kompetenzzentrum Alter der Fachhochschule St. Gallen, wird eine Auslegeordnung und Betrachtungen zur Digitalisierung im Älterwerden

machen und in ausgewählten Bereichen die in den nächsten Jahren kommenden Megatrends vorstellen.

Nebst weiteren Referaten von **Frau Dr. Melanie Werren** und **Frau Prof. em. Dr. phil. Pasqualina Perrig-Ghiello**, werden Projekte zur digitalen Interaktion in den Gemeinden, für den Aufbau und Betrieb eines umfassenden Betreuungsnetzes sowie Digitale Bildungsangebote der Pro Senectute vorgestellt werden.

Weil wir heute die im Frühjahr 2021 herrschenden Umstände noch nicht kennen, haben wir entschieden, die Tagung in einer veränderten Form: als «hybride» Veranstaltung mit physischer Präsenz einerseits und einer Online-Liveübertragung andererseits durchzuführen.

Die vor Ort Teilnehmenden werden sich austauschen können. Diejenigen, welche sich für die Online-Übertragung entscheiden erhalten Gelegenheit, Fragen digital einzugeben.

Reservieren Sie sich schon heute das Datum. Wir freuen uns auf Sie!

Die Tagung wird organisiert von ProSenior Bern und Pro Senectute Kanton Bern.

Haben Sie eine vakante Kaderposition?

Wir stellen Ihnen erfahrene Fach- und Führungskräfte für temporär vakante Kaderfunktionen zur Verfügung. Und wir unterstützen Sie bei der Personalrekrutierung.

Federas berät und unterstützt Institutionen mit öffentlichen Aufgaben.

- **Strategien und Leitbilder**
- **Organisationsanalysen und -entwicklungen**
- **Prozess- und Qualitätsmanagement**
- **Projektmanagement**
- **Tagungen und Workshops**
- **Einzel-, Führungs- und Teamcoachings**

Federas Beratung AG, info.bern@federas.ch, www.federas.ch

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern, Telefon +41 58 330 05 10

PORTRÄT DER GEMEINDE WYNIGEN



Woran denken Sie, wenn Sie «Gemeinde Wynigen» lesen? An die liebliche, hügelige Landschaft? An ein Bauerndorf? An die Spielfilme von Franz Schnyder «Ueli der Knecht» und «Ueli der Pächter»? Alles richtig und eben doch nicht ganz: Wynigen und seine Weiler haben noch viel mehr zu bieten und wer einmal die Aussicht auf dem Oberbühlchnubel genossen hat, kommt bestimmt ein zweites Mal wieder.

Die Gemeinde Wynigen liegt im Übergang vom Emmental zum Oberaargau in ruhiger, ländlicher und dennoch relativ zentraler Lage, wenige Autominuten von der Stadt Burgdorf und den A1-Auto- bahnan schlüssen in Kirchberg BE und Kriegstetten SO entfernt. In den Dörfern Wynigen, Rüedisbach und Kappelen sowie verteilt auf diverse Weiler und Einzelhöfe leben rund 2'100 Einwohner. Sie ist mit 2'820 ha die grösste Gemein- de im unteren Emmental.

Wynigen ist mit einem Schnellzugshalt erschlossen und hat dadurch als Wohn- standort an Bedeutung gewonnen. Durch den Schnellzugshalt verfügen unsere Pendler über eine direkte und schnelle Verbindung zu den Zentren, insbesonde- re nach Bern.



Die Steueranlage liegt mit 1,70 Einheiten beim kantonalen Durchschnitt. Dieser Wert wird kompensiert durch tiefe Bau- landpreise und Mieten.

Ab dem Schuljahr 2014/2015 wurden die Schulen Wynigen und Seeberg zu- sammengeführt.

Wynigen verfügt über zwei Kindergärten – und zwei Primarstufenstandorte (Kappelen und Dorf Wynigen); im Dorf wird zusätzlich die Sekundarstufe 1 (7. – 9. Schuljahr) mit Sekundar- und Realklassen unterrichtet. Weiterführende Schulen sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut erreichbar.

Wynigen ist trotz ländlichem Charakter eine aktive, offene und attraktive Gemeinde. Dazu trägt jeder einzelner unserer Einwohnerinnen und Einwohner ebenso bei wie Behörden und Verwaltung. Darauf sind wir stolz. Unsere Dienstleistungen bieten wir nicht nur unserer Bevölkerung an; auch mit interessierten Nachbargemeinden, z.B. der Gemeinde Rumendingen, besteht eine sehr intensive Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen.

Die Wirtschaft unserer Gemeinde besteht einerseits aus der traditionellen und fortschrittlichen Landwirtschaft, andererseits aus eher kleineren, sehr leistungsfähigen Gewerbebetrieben unterschiedlichster Art, die weit über die Gemeindegrenzen hinaus als qualitätsbewusste und verlässliche Partner gelten. Im Dienstleistungsbereich sind wir besonders auf unsere

Regionalbank stolz. Die Spar- und Leihkasse Wynigen AG hat in Zeiten der «Bankenfusionitis» ihre Eigenständigkeit bewahrt und bietet uns, unserer Wirtschaft und Bevölkerung weiterhin kundennahe Dienstleistungen an.

Die Gemeinde verfügt über eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, deren Wert uns bewusst ist und die nicht durch mangelhaften Unterhalt vernachlässigt wird. Im Gegenteil; wir kennen auch den Zustand unserer unsichtbaren Werte, wie z.B. die Bauten und Leitungen der Wasserversorgung und der Abwasserent-





sorgung. Auch auf die Instandstellung unseres grossen Strassennetzes (Gemeindestrasse über 70 km) legen wir grossen Wert.

SEHENSWÜRDIGKEITEN

Wie bereits erwähnt, ist der **Oberbühlchnubel** (818 m) ein sehr schöner Aussichtspunkt mit Blick auf den Jura einerseits und auf die Berner Alpen anderseits. Ein Aufstieg lohnt sich in jedem Fall.

Der Wasserfall im **Mutzbachgraben** ist in heissen Sommertagen ein beliebter Aus-

flugsort für Schulreisen aber auch für Familien. Nebst dem Badespass hat es auch geeignete Grillstellen und Erholungsplätze. Der Mutzbach-Wasserfall selber steht zwar nicht auf Wyniger-Boden. Aber diverse Wanderungen über das Gemeindegebiet führen zum Mutzbachgraben. Apropos Wanderungen: Wynigen ist auch ein beliebtes **Wander- und Velogebiet**. Diverse ausgeschilderte Wanderrouten führen durch die Wyniger-Berge und auch ein Teil der Herzroute tangiert Wyniger-Boden.

Die aus den Gotthelf-Verfilmungen «Ueli der Knecht» und «Ueli der Päch-

ter» bekannte «**Glungge**» befindet sich im Weiler Brechershäusern nahe Rüedisbach. Wie schon zu Gotthelfs-Zeiten betreiben die heutigen Eigentümer einen Landwirtschaftsbetrieb.

TRADITIONEN UND KULTUR

Eine grosse Tradition in Wynigen hat das Kinderfest, welches seit 1908 alle drei Jahre durchgeführt wird. Schulen, Behördenmitglieder und Musikgesellschaften machen an diesem Umzug durchs Dorf mit. Es ist das Fest der Be-

gegnungen und ein MUSS für jeden Heimweh-Wyniger. Das nächste Kinderfest findet im Jahr 2022 statt.

Rund 30 Vereine prägen durch ihre Tätigkeit und ihre Veranstaltungen das Dorfleben und tragen aktiv dazu bei, dass sich die Wyniger in ihrem Dorf wohl und heimisch fühlen.

INNOVATIVE GEMEINDE

Schon in früheren Jahren hat sich der Gemeinderat als sehr innovativ gezeigt. So wurde in den 80-Jahren der Gemeinde aus einem Nachlass ein Vermögen geschenkt, mit dem Auftrag, günstige Wohnungen für die ältere Bevölkerung von Wynigen zu erstellen. Im Auftrag des Gemeinderates wurde das sogenannte **Junkerhuus** erbaut, wo seit der ersten Vermietung im Jahr 1992 bis heute günstige Wohnungseinheiten für Seniorinnen und Senioren zur Verfügung stehen.

Ebenso wurde die **Wohnpark-Überbauung** an der Riedtwilstrasse durch den Gemeinderat unterstützt und eng begleitet. Die vorangehende Idee eine



Genossenschaft zu gründen und dann als Eigentümerin einer Überbauung aufzutreten, hat der Gemeinderat ins Leben gerufen und mit innovativen Mitbürgern umgesetzt. Die drei Wohnblöcke (mit insgesamt 18 Wohneinheiten und dem Spitex-Standort) passen gut ins Ortsbild und ermöglichen alleinstehenden Personen oder einem 2-Familien-Haushalt eine günstige Mietmöglichkeit zentral im Dorf.

Aktuell begleitet der Gemeinderat das Projekt «**Gesundheitszentrum Wynigen**».

Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass der Standort Wynigen längerfristig über eine gut funktionierende Ärzte- und Spitexversorgung verfügt. Darum setzt er sich dafür ein, dass sich die Gemeinde finanziell an diesem Projekt beteiligt. Die Urnenabstimmung zu diesem Geschäft findet im Dezember 2020 statt

Sie sehen, Wynigen ist immer einen Besuch wert. Informieren Sie sich auf unserer Homepage www.wynigen.ch oder geniessen Sie einen Sonntag in den Wynigen-Bergen.



INTERVIEW MIT GEMEINDERATSPRÄSIDENT FABIAN HORISBERGER



Mit welchen drei Adjektiven würden Sie einer aussenstehenden Person Ihre Gemeinde beschreiben?

Liebenswert, lebenswert und kinderfreundlich

Gibt es ein Projekt, das Ihnen als Gemeindepräsident speziell am Herzen liegt?

Unsere Strategie, dass ältere Menschen so lange als möglich in der Gemeinde wohnhaft bleiben können, das mit einem Maximum an Autonomie. Dafür gibt es in der Gemeinde mehrere altersgerechte Wohneinrichtungen (Junkerhaus, Wohnpark) auch spielt dabei die umfassende Gesundheitsversorgung, welche in Wynigen noch existiert (Gruppenpraxis, Spitex-Stützpunkt, Physiotherapie), eine zentrale Rolle. Darum ist für mich die Umsetzung des Projekts «Gesundheitszentrum Gässli», welches

per 20. Dezember 2020 an die Urne kommt, von zentraler Bedeutung.

Wo unterscheidet sich die Gemeinde Wynigen spürbar von einer vergleichbar grossen Gemeinde in der Agglomeration?

Wynigen hat ein starkes und breit gefächertes Gewerbe und Dienstleistungsangebot, ein umfassendes Schulangebot, sowie viele aktive Vereine. Wohl gerade auch deswegen können sich die Wynigerinnen und Wyniger über ein reges und intaktes Dorfleben erfreuen. Zudem nimmt Wynigen bei seinen Nachbargemeinden eine zentrale Rolle ein. So ist sie Sitzgemeinde der Schulen Wynigen-Seeberg (drei Gemeinden), des Sozialdienstes Oesch-Emme (acht Gemeinden) und übernimmt die Verwaltung der Einwohnergemeinde Rumendingen.

Welche neuen Herausforderungen erwarten Sie für die Gemeinde Wynigen infolge der Coronakrise?

Aus meiner Sicht gibt es drei wesentliche Herausforderungen für unsere Gemeinde:

1. Die organisatorischen Mehraufwände, wie die zusätzliche Arbeit im Krisenstab, ständiges Erstellen neuer

Hygienekonzepte, flexible Arbeitsmodelle, Home- und Splitoffice, welche die Verwaltung teils stark belasten.

2. Die Gefahr, dass das Gewerbe und die Dienstleister, bei anhaltender Krise, ernsthaft Schaden nehmen könnten und so der erste Schritt hin zu einem Schladorf getan wäre.
3. Das Wohlbefinden unserer Bürgerinnen und Bürger, sowie die Bereitschaft die Restriktionen weiterhin mitzutragen. Gerade in unserer Gemeinde, wo die Menschen gerne am Dorfleben teilnehmen und den Austausch im Vereinsleben oder an Veranstaltungen schätzen, war und ist es eine harte Prüfung.

In welchen Bereichen arbeitet die Gemeinde Wynigen mit den Nachbargemeinden zusammen und wie funktioniert diese Zusammenarbeit?

Wir arbeiten in den Bereichen Schulen, Sozialdienst, Verwaltung und Feuerwehr mit den umliegenden Gemeinden zusammen. Auf Grund der Zentrumsfunktion von Wynigen, hat sie in diesen Bereichen vorwiegend den Lead. Sei es als Sitzgemeinde, in ihrer Art als Verwaltung oder als Leistungserbringerin. Die

Zusammenarbeit funktioniert, dank unserem bestens qualifizierten und motivierten Verwaltungspersonal, im grossen und ganzen sehr gut.

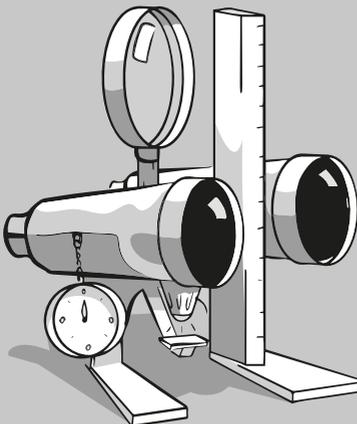
Dennoch gibt es auf Ebene der Exekutive vermehrt Abstimmungs- und Koordinationsbedarf. Gerade Infrastrukturen, wie eine gute aufgestellte Schule, tragen mitunter zur Standortattraktivität der jeweiligen Gemeinden bei. Da ist für die Sitzgemeinde der Grat, in einem Projekt die Verantwortung zu übernehmen und über die Anschlussgemeinden zu bestimmen, ein schmaler und nicht immer ganz unkompliziert.

Wenn Sie beim Kanton einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich für Wynigen wünschen?

Uns weitreichendere Autonomie bei der Gestaltung der Ortsplanung zugestehen. Mit den teils starken und nicht nachvollziehbaren Einschränkungen, wird die Entwicklung des Dorfes und vor allem die der Bergregionen stark behindert, zum Teil gar verunmöglicht. Wynigen hat nicht den Anspruch, ein zweites Ballenberg zu werden.

Wie und wo nehmen Sie als Gemeindepräsident in Ihrem Alltag den VBG wahr?
Die Zusammenarbeit zwischen VBG und Gemeinde findet bei uns hauptsächlich auf Verwaltungsebene statt. Der VBG wird als Ansprechpartner von der Verwaltung sehr geschätzt. Als Gemeinderatspräsident bin ich froh, dass der VBG

die Gemeinden sehr gut unterstützt, wenn Anliegen eingebracht werden, so wie z. B. gegenwärtig beim Thema Siedlungsentwicklung nach Innen in kleinen Dörfern, welches unter Federführung der Regionalkonferenz Emmental mit Unterstützung des VBG weiterverfolgt wird.



MANDATUM – sucht und findet

Wir begleiten Ihr Stellenbesetzungsverfahren von A bis Z – prompt, professionell und auf Ihre Unternehmenskultur zugeschnitten.

MANDATUM Verwaltungsmanagement GmbH, Postfach, 3360 Herzogenbuchsee
John Günther, 031 832 44 32, info@mandatum.ch, www.mandatum.ch

VORANKÜNDIGUNG DER HAUPTVERSAMMLUNG DES VBG 2021

Vorankündigung

Die Hauptversammlung des Verbandes
Bernischer Gemeinden findet statt am

18. Juni 2021 in Belp

Wir bitten Sie, dieses Datum bereits heute zu reservieren. Die Versammlung findet in der zweiten Morgenhälfte mit anschliessendem Stehlunch statt. Die

definitive Einladung mit den Unterlagen erhalten Sie anfangs 2021 mit der ersten Ausgabe des VBG Infos.

PRÉAVIS POUR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE 2021 DE L'ACB

Préavis

La prochaine Assemblée générale
de l'ACB aura lieu le

18 juin 2021 à Belp

Nous vous prions de bien vouloir réserver cette date. L'assemblée se déroulera durant la seconde moitié de la matinée et sera suivie d'un buffet dînatoire. Vous

recevez l'invitation définitive et la documentation correspondante avec le numéro 1/2021 de l'ACB-Info.

VERANSTALTUNGSHINWEISE / MANIFESTATIONS 2021

Politforum Thun	12./13. März 2021	Thun
Jubiläums-HV Verband Bernische AHV-Zweigstellenleiterinnen und -leiter <i>Assemblée générale de l'Association Bernoise des Agents AVS</i>	07. Mai 2021	Thun
HV Bernisches Gemeindegremium BGK <i>Assemblée générale des cadres des communes bernoises CCB</i>	04. Juni 2021	Saanen
HV Verband Bernischer Gemeinden Assemblée générale de l'Association des Communes Bernoise	18. Juni 2021	Belp

**DER VBG WÜNSCHT IHNEN FROHE FESTTAGE
UND EIN GUTES NEUES JAHR!**



**L'ACB VOUS SOUHAITE À TOUS
UN JOYEUX NOËL ET VOUS PRÉSENTE
SES MEILLEURS VŒUX POUR
UNE ANNÉE 2021 HEUREUSE ET PROSPÈRE !**



Denn ich vertraue einem engagierten Partner

Ein flexibles Vorsorgeangebot, persönliche Kundenbetreuung und Servicequalität auf höchstem Niveau. Dafür steht die Previs Vorsorge seit 60 Jahren im Service Public – und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Seit Jahrzehnten bewährte Partner:
Verband Bernischer Gemeinden VBG
und die Previs.

www.previs.ch

previs 
Vorsorgen mit Durchblick
